

II- 776 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
 FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Z1.10.101/14-I/1/80

Wien, 1980 03 06

Parlamentarische Anfrage Nr.333 der Abg.  
 Dr.Steger und Gen.betr.angeblich geplanter  
 Büroneubau am Judenplatz in Wien.

An den  
 Herrn Präsidenten des Nationalrates  
 Anton Benya

Parlament  
 1010 Wien

*313/AB*

*1980-03-13*  
*zu 333/J*

Auf die Anfrage Nr.333, welche die Abgeordneten Dr.Steger und Genossen am 13.2.1980, betreffend angeblich geplanter Büroneubau am Judenplatz in Wien, an mich gerichtet haben, beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1 u. 2):

Über Ersuchen des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes hat die Bundesgebäudeverwaltung I-Wien an informativen Besprechungen mit dem Eigentümer der beiden Liegenschaften teilgenommen, wobei die Möglichkeit erörtert wurde, ob der Raumbedarf der Gerichtshöfe mit den angebotenen Räumlichkeiten abgedeckt werden könnte.

Außerdem wurde der Eigentümer ersucht, seine Vorstellungen bezüglich einer eventuellen Anmietung bzw. eines Ankaufes bekannt zu geben.

Zu 3):

Die Bundesgebäudeverwaltung richtet sich ausnahmslos nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es ist nicht Aufgabe der Bundesgebäudeverwaltung die Zulässigkeit privater Bauführungen zu beurteilen. Hierfür ist die Baubehörde zuständig.

-2-

Zu 4):

Nein.

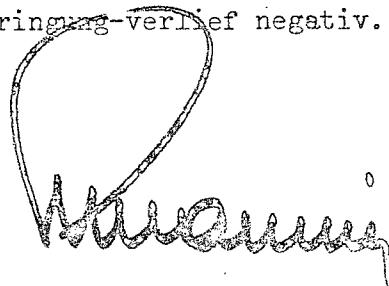
Zu 5):

2.500 m<sup>2</sup> Bürofläche.

Zu 6):

Der Ausbau des Dachbodens wäre technisch möglich, jedoch müssen die gesetzlichen und denkmalpflegerischen Voraussetzungen erst geprüft werden.

Das Gebäude in welchem die Bundespolizeidirektion eingemietet war, befindet sich nach wie vor im Eigentum der Stadt Wien. Eine Überprüfung auf Eignung für Zwecke als Amtsgebäude des Bundes insbesonders der Höchstgerichtunterbringung verlief negativ.



A handwritten signature in cursive script, enclosed in a circle, likely belonging to a public official.